

**Antrag**  
**der Fraktion DIE GRÜNEN**

**Sicherung und Ausbau der Montan-Mitbestimmung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag hält eine dauerhafte Sicherung und den Ausbau der Montan-Mitbestimmung durch folgende Maßnahmen für erforderlich:

1. Der Anwendungsbereich der Montan-Mitbestimmung wird auf alle Großunternehmen ausgeweitet.

Großunternehmen sind Unternehmen

- mit in der Regel mindestens eintausend Arbeitnehmern/innen und mit einer Bilanzsumme von mindestens fünfund-siebzig Millionen Deutsche Mark oder
  - mit in der Regel mindestens eintausend Arbeitnehmern/innen und mit einem Jahresumsatz von mindestens einhun-dertfünfzig Millionen Deutsche Mark oder
  - mit einer Bilanzsumme von mindestens fünfund-siebzig Mil-lionen Deutsche Mark und mit einem Jahresumsatz von min-destens einhundertfünfzig Millionen Deutsche Mark.
2. Bei Stimmengleichheit im Aufsichtsrat (Patt-Situation) muß die Position der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat gegenüber der heutigen Rechtslage bei der Montan-Mitbestimmung (aus-schlaggebende Stimme des sog. neutralen Mannes) gestärkt werden.
  3. Das Letztentscheidungsrecht der Hauptversammlung (§ 111 Abs. 4 Satz 3 bis 5 Aktiengesetz) wird ersatzlos gestrichen.

Bonn, den 1. Dezember 1988

**Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion**

